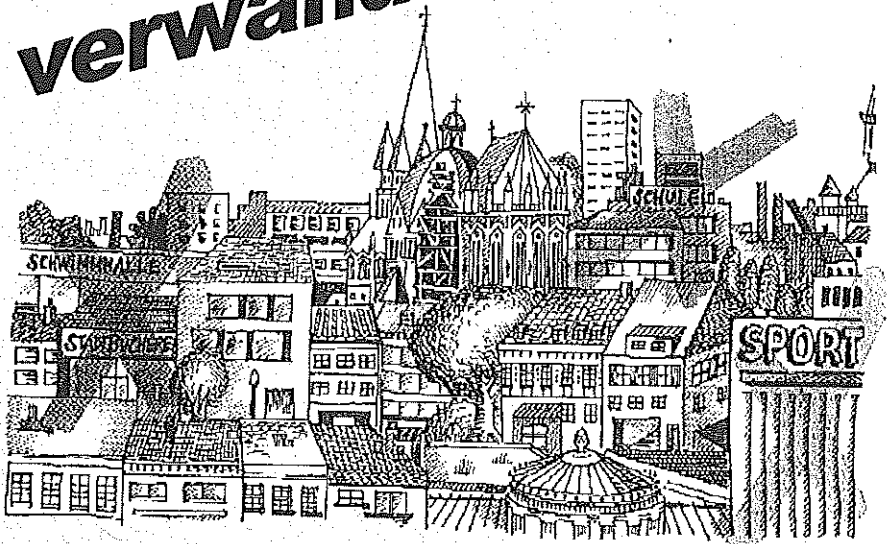


Wut in Widerstand verwandeln



Sozialistisches Kommunalprogramm für Aachen

SAV

*Sozialistische
Alternative*

Anrufen, informieren, mitmachen: 0241-508685

Seite 2 - Wut in Widerstand verwandeln

- 1) Für eine Politik links von rot-grün Seite 3
- 2) Zehn Jahre rot-grün – und was eigentlich nötig wäre Seite 5
- Arbeit schaffen statt Unternehmer beschenken Seite 5
 - Nulltarif bei Bus und Bahn Seite 9
 - Senkung der Müllgebühren Seite 12
 - Preiswerten Wohnraum für Alle Seite 13
 - Gleiche Rechte für Frauen Seite 14
 - Kostenlose und flächendeckende Kinderbetreuung Seite 15
 - Bildung für alle Seite 15
 - Preiswerte Freizeitangebote für Jugendliche Seite 16
 - Gleiche Rechte für ImmigrantInnen Seite 17
 - Keinen Fußbreit den Neonazis Seite 18
- 3) Und wie können wir so etwas erreichen? Seite 20
- So können die Verbesserungen finanziert werden Seite 21
 - So können wir Druck von unten machen Seite 22
 - Was für VertreterInnen wir brauchen Seite 22
- 4) Noch so ein Jahrtausend? Seite 23
- 5) Die SAV - wer wir sind und wie wir uns finanzieren Seite 24



Frühjahr 1999: jeden ersten Donnerstag im Monat demonstrierten Arbeitslosenverbände und die SAV vor dem Arbeitsamt

Für eine Politik links von rot-grün

Schluß mit der Politik für Banken und Konzerne!

Wut und Widerstand in den Stadtrat!

„Soll ich lieber in Euro oder D-Mark spekulieren und wo lege ich meine nur nächste Millionen an?“ - solche Probleme haben wir Arbeitnehmer, Arbeitslosen und Jugendlichen nicht. Uns brennen Arbeitslosigkeit, Billiglöhne, Sozialabbau und Umweltverschmutzung unter den Nägeln.

Wie aus einem Mund versprechen alle etablierten Parteien: „Wenn es den Unternehmern gut geht – geht es allen gut!“. Doch 16 Jahre Kohl-Regierung waren genug, um zu sehen, daß das eine Lüge ist. Unternehmenssteuern wurden massiv gesenkt oder gleich ganz abgeschafft. Der Sozialstaat wurde Stück für Stück abgebaut. Die Lohnquote ist auf den niedrigsten Stand seit 1965 gedrückt worden. Und was haben wir davon? Während die Unternehmer in den letzten Jahren Rekordgewinne zu verzeichnen hatten, erreichte auch die Arbeitslosigkeit Rekordniveau. Es gibt immer mehr „arbeitende Arme“, die von ihrem sinkenden Realeinkommen mehr schlecht als recht leben müssen.

Die Kluft zwischen den Reichen und Superreichen und der Masse der Bevölkerung ist immer größer geworden. Statt diese Entwicklung umzukehren, hat sich die rot-grüne Bundesregierung entschlossen, die von der Kohl-Regierung betriebene Umverteilung von Unten nach Oben fortzuführen.

Die Kommunen werden weiterhin systematisch ausgeblutet. Viele Einnahmequellen bleiben gestrichen. Gleichzeitig werden noch mehr Ausgaben auf die Kommunen abgewälzt.

Es ist genug Geld da, es ist nur in den falschen Händen. Eine konsequente Interessenvertretung der Arbeitnehmer würde dafür sorgen, daß mit dem Reichtum der Reichen und Superreichen die Armut von Millionen beseitigt wird! Die Rot-Grüne Mehrheit in Aachen hat stattdessen brav 10 Jahre lang diese Kürzungen in Form von Sozial- und Arbeitsplatzabbau an Arbeitnehmer und Arbeitslose nach unten weitergegeben. Die SPD ist schon lange keine Arbeiterpartei mehr; sie ist eine Partei von Karrieristen, die Unternehmer vertreten will.

Sachzwänge

Jede Partei muß sich entscheiden, wessen Interessen sie vertritt: die Interessen der Arbeitgeber oder die der arbeitenden und arbeitslosen Menschen. Für SPD und Grüne sind - genauso wie für CDU und FDP- die Interessen der Industrie und Banken „Sachzwänge“. Die Interessen der Wirtschaft sind allerdings ein Faß ohne Boden, denn in der globalen Konkurrenz zählen für die Unternehmer nur Profite. Vollbeschäftigung, soziale Sicherheit und Umweltschutz sind in

Seite 4 - Wut in Widerstand verwandeln

ihren Augen unbezahlbare Kosten. Wer diese "Sachzwänge" der Marktwirtschaft akzeptiert, landet dabei, die Politik der Bosse und Bonzen gegen die Mehrheit der Bevölkerung durchzusetzen!

Für die SAV und ihre KandidatInnen sind gesicherte Arbeitsplätze, Gebührensenkungen, bezahlbare Wohnungen, Kindergartenplätze, Ausbildungsplätze für Jugendliche und Umweltschutz die wichtigsten Sachzwänge.

Harte Zeiten erfordern einen härteren Kampf

Noch während des Bundestagswahlkampfes '98 wurde sowohl von der CDU als auch von der SPD ein wirtschaftlicher Aufschwung versprochen. Auch hier klappt wie immer zwischen den Versprechen der etablierten Parteien und der Wirklichkeit eine große Lücke: 1998 gab es eine Wachstumsrate von 2,8 % und in diesem Jahr sind die Erwartungen bereits auf 1,4 % herunterkorrigiert. Angesichts der einsetzenden Rezession in der Weltwirtschaft ist nicht mehr die Frage, ob die Wirtschaftskrise Deutschland erreicht, sondern bloß noch wie und wann.

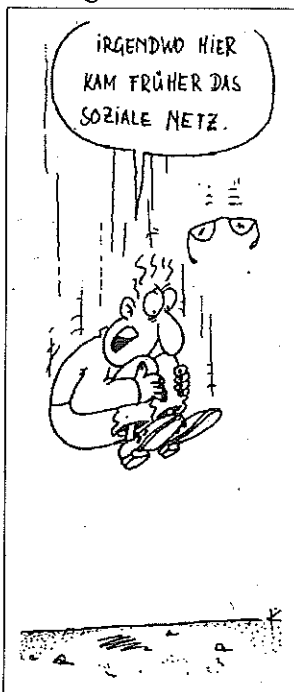
Ohne eine entschlossene und kämpferische Interessenvertretung werden die etablierten Parteien die Folgen der Krise auf uns Normalverdiener und Arbeitslose abwälzen und weiterhin die "Politikverdrossenheit" beklagen.

Diese "Politikverdrossenheit" ist doch nichts anderes als die Ablehnung von Karrieristentum und Abzockerei in der Politik. Sie ist eine Protesthaltung gegen eine Politik für Bonzen, gegen Vetternwirtschaft, Klüngelei, Arroganz und Pfründehascherei wie sie von CDU, SPD, FDP und Grünen heute betrieben wird.

Die SAV versteht ihre Kandidatur deswegen auch als eine Kampfansage an das Establishment in dieser Stadt. Die SAV-KandidatInnen verpflichten sich jegliche Privilegien zurückzuweisen.

40 Jahre CDU und 10 Jahre Rot-Grün erfordern jetzt einen neuen Aufbruch. Es ist an der Zeit, daß wir für unsere Interessen auf die Straße gehen und die Wut in Widerstand verwandeln.

Mit ihrer Stimme können Sie am 12. September darüber entscheiden, ob Arbeitnehmerinteressen im Stadtrat vertreten werden oder nicht. Mit Ihrer aktiven Mitarbeit können Sie mithelfen, die Wut in Widerstand zu verwandeln!



Zehn Jahre Rot-Grün - zehn Jahre leere Versprechen

40 Jahre lang hat die CDU in Aachen Mißwirtschaft betrieben, noch heute werden Altlasten abbezahlt. Rot-Grün versprach uns '89 einen neuen Aufbruch. Transparent und bürgernah sollte die neue Mehrheit sein. *"In Zukunft können alle Aachener ihre Ratsvertreter besser beim Wort nehmen als je zuvor."*, [Arbeitsprogramm von SPD und Grünen für die Ratsperiode 89-94]. Doch statt der versprochenen Wende regiert weiterhin der Rotstift. In den Jahren unter der Kohl-Regierung hat der Aachener

Stadtrat die Verantwortung für die "leeren Kassen" immer der Bundesregierung zugeschoben. Doch auch nach dem Regierungswechsel geht es munter weiter im Text der Kürzungspolitik.

Die Kluft zwischen den Versprechen von damals und den Taten heute zeigt: Rot-Grün hat sich entschieden, Politik für Reiche und Unternehmer zu machen. Die Interessen von Beschäftigten, Arbeitslosen, Jugendlichen und Ausländern sind ihnen egal.

Arbeit schaffen statt Unternehmer beschenken

Was Rot-Grün versprach:

"Die Stadt und stadteigene Betriebe füllen ihren Stellenplan aus. Die Arbeitszeitverkürzung wird in neue Stellen umgesetzt."

So sieht es 1999 aus:

Stattdessen werden bei der Stadt Aachen Arbeitsplätze abgebaut.

Es gibt genug zu tun

Während allein in Aachen 13.695, also 14,3% Menschen arbeitslos sind (5.4.99, Aachener Zeitung), gibt es genug sinnvolle und nützliche Arbeit, die nicht erledigt wird. Bau preiswerter Wohnungen, Sanierung maroder Straßen, Pflege kranker, alter oder behinderter Menschen, Umweltschutz, Kin-

dererziehung und Schulunterricht sind nur Beispiele. Diese Arbeit käme allen ArbeitnehmerInnen zugute. Aber es gibt ein Hindernis: mit diesen Arbeiten läßt sich kein privatwirtschaftlicher Profit erzielen - zumindest solange nicht, wie man nicht für alles saftige Gebühren erhebt und damit einen Großteil der Menschen ausschließt.

1000 neue Jobs für Aachen!

In den vergangenen zehn Jahren hat es mehr als genug Versuche gegeben, mit Geldgeschenken und Steuererleichterungen die Privatwirtschaft zur Schaffung von Arbeitsplätzen zu bewegen. Auch der Rot-Grüne

Stadtrat hat sich daran beteiligt. Zu einem Rückgang der Arbeitslosigkeit hat das nicht geführt, wohl aber zu einem deutlichen Anstieg der Unternehmergewinne. Niemand kann kontrollieren, ob ein Privatunternehmer sein Geld benutzt, um neue Stellen zu schaffen, ob er es einfach als Gewinn einsteckt, oder ob er es benutzt, um bestehende Stellen weg zu rationalisieren. Wenn man neue Arbeitsplätze schaffen will, dann muß das im öffentlichen Sektor geschehen, unter öffentlicher Kontrolle. Nur dann ist sicher, daß das eingesetzte Steuergeld zur Schaffung von Arbeitsplätzen verwendet wird, und nicht als Gewinn in den Taschen einiger weniger Unternehmer verschwindet.

Die SAV fordert für Aachen ein Investitionsprogramm von 100 Millionen DM jährlich. Damit könnten rund 1000 Arbeitsplätze im Jahr geschaffen werden. Wir meinen damit kein Laubharken mit dem Handrechen, sondern tariflich bezahlte Arbeitsplätze in den Bereichen Bildung, Pflege, Wohnungsbau, Verkehr und Umweltschutz.

Was für Jobs brauchen wir?

Lohnarbeit ist für die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung die einzige Möglichkeit, sich auf Dauer eine menschenwürdige Existenz zu sichern. Arbeitslosigkeit bedroht die Existenz der Betroffenen. Gleichzeitig wird die Massenarbeitslosigkeit von Unternehmerseite genutzt, um Löhne zu senken und Arbeitsbedingungen zu ver-

schlechtern. Niedriglohn-Arbeitsplätze, die kaum das Existenzminimum einer einzelnen Person - geschweige denn einer Familie - abdecken, sind keine Lösung. Statt Billigjobs müssen tariflich bezahlte Arbeitsplätze geschaffen werden, die den Beschäftigten und ihren Familien eine dauerhafte Existenz bieten.

Gegen Lohnsubventionen und Kombilöhne

Den Vorschlag der privaten Arbeitgeber, Niedrig-Löhne durch öffentliche Gelder, z. B. Sozialhilfe, aufzustocken (sogenannte Kombilöhne), lehnen wir ab. Ein solches Vorgehen wäre sicherlich sehr lohnend für die Unternehmer, aber nicht für die Beschäftigten. Hiermit würde der Weg freigemacht, das Lohnniveau noch unter das Existenzminimum zu senken. Unternehmer würden zwar dankend die volle Arbeitsleistung der Beschäftigten annehmen, aber einen Teil der Löhne aus Steuergeldern zahlen lassen, um so ihre Gewinne zu erhöhen. Das kann nicht das Ziel einer Politik im Interesse von ArbeitnehmerInnen sein.

Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche

Auf der einen Seite sind immer mehr Menschen arbeitslos - auf der andern müssen immer weniger Beschäftigte immer härter arbeiten. Dies hat in den letzten Jahren zu einem nachweisbaren Anstieg von Erkrankungen geführt, mit entsprechenden Kosten, die wieder von der Allgemeinheit ge-



tragen werden. Eine deutliche Verkürzung der Arbeitszeit könnte dieses Problem lösen - vorausgesetzt, daß sie nicht zu Lasten der Beschäftigten geht. Deshalb muß jede Arbeitszeitverkürzung durch Neueinstellungen voll ausgeglichen werden, und sie darf kein Vorwand sein, um das Lohnniveau der Beschäftigten abzusenken. Auf diese Art ließen sich allein bei der Stadt Aachen über 1.000 neue Stellen schaffen.

Schluß mit Stellenabbau bei der Stadt

1995 beschloß der Stadtrat jährlich 120 Stellen abzubauen. Statt im vielbeschworenen Kampf gegen die Arbeitslosigkeit mit gutem Beispiel voran zu gehen, hat die Stadt Aachen die Arbeitslosigkeit noch verschärft. Der Preis dafür sind verschlechterte Leistungen und Überlastung der verbleibenden Angestellten. Weiterer Stellenabbau muß verhindert, die gestrichenen Stellen müssen wieder besetzt werden.

Keine Privatisierung im Öffentlichen Dienstes

Privatisierungen sind groß in Mode gekommen bei Politikern von SPD und Grünen. Das Land NRW und auch die Kommune stehen sich aus der Verantwortung öffentlicher Dienstleistungen und beteiligen sich durch Privatisierungen an Arbeitsplatzvernichtung in großem Maßstab.

Das Land Nordrhein-Westfalen ist mit dem Klinikum, der RWTH und den Studentenwerken der größte Arbeitgeber in Aachen. Schon in den letzten Jahren wurde dort gekürzt. Durch Privatisierungen stehen weiterer Arbeitsplatzabbau und Verschlechterungen der Leistungen bevor.

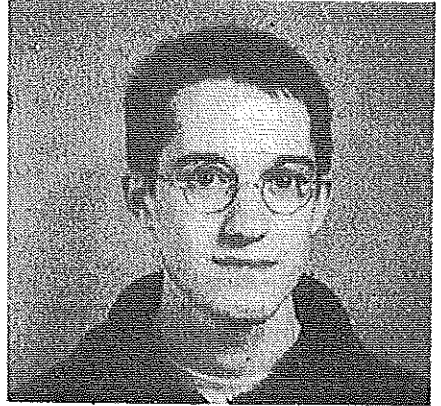
Beispiel Klinikum. Anfang 1998 stellte die Landesregierung das Ergebnis einer Studie über die Neustrukturierung der Unikliniken vor. Danach ist vorgesehen, daß in NRW Hochschulkliniken auch in anderen Rechtsformen – "Anstalt öffentlichen Rechtes", "GmbH" – arbeiten können. Mit solchen Rechtsformänderungen sollen Privatisierungen eingeleitet

werden. In Aachen soll nach einer Rechtsformänderung die Neustrukturierung des Pflegedienstes angegangen werden. Gleichzeitig drohen massive Lohnsenkungen und Änderungen der tariflich abgesicherten Arbeitsbedingungen.

Das erklärte Ziel ist eine gesteigerte Wirtschaftlichkeit. Doch damit ist keine bessere Versorgung oder die Einschränkung von Geldverschwendung gemeint. Bei der Rechtsformänderung geht es darum, weniger Geld für Patienten und Personal auszugeben. Es geht darum, Leistungen zu streichen, und die Beschäftigten mehr und schneller arbeiten zu lassen. Letztlich wird die Gesundheitsversorgung weiter verschlechtert. Besonders alte Menschen, die oft nur kleine Renten beziehen, sind Opfer dieser „Sparmaßnahmen“.

Unserer Meinung nach dürfen notwendige Dienstleistungen wie das Gesundheitswesen nicht den Grundsätzen der „Wirtschaftlichkeit“ unterworfen werden. Jeder soll die Behandlung bekommen, die er braucht, unabhängig davon, wieviel es kostet. Gesundheit ist ein Recht und keine Ware. „Wirtschaftlichkeit“ im Gesundheitswesen bedeutet: Jeder bekommt nicht mehr die Hilfe, die er braucht, sondern nur noch die, die er bezahlen kann.

Nach diesem Motto wird nicht nur im Gesundheitswesen, sondern in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes verfahren. Städtische Betriebe



Holger Dröge, 24 Jahre, Krankenpflegeschüler, Kandidat der SAV-Offene Liste im Wahlbezirk 28, Vaalser Quartier

und Dienstleistungen werden privatisiert - verlustbringende Aufgaben werden weiter vom Steuerzahler finanziert.

Privatisierungen können aber auch verhindert werden, wenn die KollegInnen gemeinsam dagegen kämpfen. Das Studentenwerk Aachen wehrt sich erfolgreich seit über 20 Jahren gegen Privatisierungsversuche.

Kampf gegen die Arbeitslosigkeit

Arbeitslosigkeit ist kein Aachener Lokalproblem, und sie kann nicht allein auf der lokalen Aachener Ebene bekämpft werden. Aber es bringt nichts, nur zu jammern, auf die böse - seit neuem rot-grüne - Bundesregierung oder das Kölner SPD-Mitglied Antwerpes zu schimpfen, um dann die Hände in Unschuld zu waschen. Statt dessen muß man den Druck an die

Bundes- und Landesregierung weitergeben. Gegenwehr von unten muß organisiert werden. Das hat die SAV in der Vergangenheit mit Arbeitslosenprotesten und Kampagnen für mehr Ausbildungsplätze getan und wird es auch in Zukunft tun. Denn eines ist klar: ob Stadt, Land oder Bund, wenn wir uns nicht wehren, ändert sich nichts.

Die SAV steht für

- Stop aller Privatisierung und aller Maßnahmen in diese Richtung
- Ausbau und Verbesserung der öffentlichen Dienstleistungen
- Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden/Woche bei vollem Lohn- und

Personalausgleich

- Ablehnung von Billigjobs oder Zwangsarbeit für Sozialhilfeempfängerinnen
- Stop des Stellenabbaus bei der Stadt Aachen
- Durchführung eines Investitionsprogramms von 100 Mio. DM zur Schaffung von 1.000 neuen Stellen jährlich in den Bereichen Wohnungsbau, Pflege, Umweltschutz und Erziehung
- Organisierung von Gegenwehr und Druck von unten, zum Beispiel durch einen eintägigen Streik- und Protesttags von Beschäftigten und Arbeitslosen

Nulltarif bei Bus und Bahn

Was Rot-Grün versprach:

"Wir wollen die Bedingungen für Fußgänger, Radfahrer sowie den ÖPNV so verbessern, daß eine wirkliche Alternative zum Auto entsteht."
"Das Busfahren wird unter Berücksichtigung des Maßnahmenkatalogs der ASEAG in Aachen attraktiver gemacht: (...) durch Angebotsverbesserungen, die Spielräume für Preissenkungen schaffen (...) durch Einführung eines Kurzstreckentarifs von DM 1,-." [Arbeitsprogramm von SPD und Grünen für die Ratsperiode 89-94]

So sieht es 1999 aus:

Auf die ASEAG ist auf jeden Fall Verlaß: mit jedem Fahrplanwechsel erhöhen sich regelmäßig auch die Fahrpreise! Der Kurzstreckentarif in

der Innenstadt ist von 1,- DM auf 1,70 gestiegen - satte 70% Preissteigerung! So ist eine Tageskarte nicht mehr unter 8.80 DM. zu bekommen, eine normale Monatskarte kostet mittlerweile 67 DM und selbst für eine kurze Einzelfahrt muß mensch heute meist 3 DM auf den Tisch legen. Auch SchülerInnen haben - wenn überhaupt! - nur noch Anspruch auf eine Fahrtkostenerstattung bis 18 Uhr. Damit sind sie gezwungen, jeden Monat ein Zusatzticket für 20 DM zu kaufen, um auch abends und am Wochenende busfahren zu können.

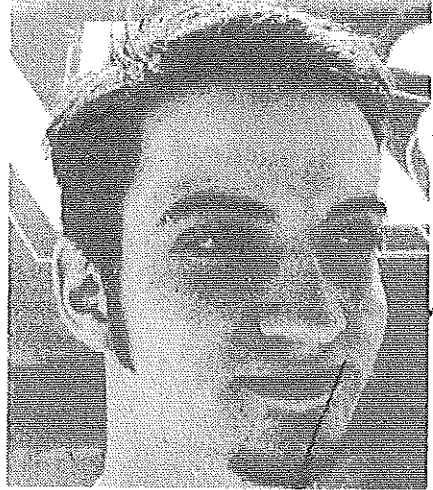
Was sich in den letzten Jahren bei der ASEAG jedoch kaum erhöht hat, ist die Anzahl der Linien, der Nachtbusverbindungen, der eingesetzten Fahrzeuge und der FahrerInnen.

Zwar führte Rot-Grün erhebliche Verbesserungen ein, wie z.B. die Nachtexpress-Linien 1992, doch viele Reformen werden nun vom gleichen Stadtrat wieder zurückgenommen. Allein zwischen 1991 und 1996 sind 100 Stellen bei der ASEAG gestrichen worden, davon 66 im Bereich Verkehr, bei den von der ASEAG betriebenen Parkhäusern kamen hingegen vier Arbeitsplätze hinzu.

Für jeden Menschen, der einen Schritt vor die Tür setzt, haben sich die Verkehrsprobleme in den letzten Jahren verschärft – egal ob Autofahrer, Fußgänger, Radfahrer oder Busmitfahrer. Bei der Lösung gibt es nur zwei Möglichkeiten: Entweder man investiert in den Ausbau der Straßen und führt vierspurige Ringe durch die Stadt. Oder man baut den öffentlichen Nahverkehr so aus, daß er eine echte Alternative ist. Dies erreicht man nicht dadurch, daß man das Autofahren bestraft, wie z.B. durch die Öko-Steuer, sondern indem Bus und Bahnfahren für alle umsonst ist.

Stadtbahn

Als Verbesserungsmöglichkeit diskutiert der Aachener Stadtrat nun die erneute Einrichtung zweier Stadtbahnlinien. Er verweist dabei auf andere Städte wie Oberhausen oder Saarbrücken, die dadurch zweistellige Zuwachsraten bei den Fahrgastzahlen verzeichnen können. Diese Bahn würde aber nur dann einen Fortschritt bedeuten, wenn sie nicht durch den Autoverkehr behindert wird, und wenn



Marc Treude, 25 Jahre, Auszubildender, Kandidat der SAV-offene Liste im Wahlbezirk 8, Jülicher Straße

die Stadt sich die Betriebskosten nicht durch massive Fahrpreiserhöhungen und sonstige Kürzungen auf die Nutzer des öffentlichen Nahverkehrs umlegt.

Nulltarif!

Die richtige Lösung wäre Nulltarif in Bus und Bahn für alle! Daß dies keine utopische Forderung ist, zeigt das Beispiel der belgischen Kleinstadt Hasselt, wo die Busse schon seit über einem Jahr kostenlos fahren: dadurch und wegen des gleichzeitigen Ausbaus des Busnetzes nutzen nun achtmal mehr Menschen dort den öffentlichen Nahverkehr als vorher! Die Innenstadt wurde erheblich vom Autoverkehr entlastet, da 15% der AutofahrerInnen auf den Bus umstiegen. Das führte zu einer massiven Verringerung der Unfallanzahl und einer Verbesserung

der Luftqualität.

Hasselt stellt einen Beweis dafür dar, daß kostenloser Nahverkehr auch finanzierbar ist: um die Verkehrsprobleme in den Griff zu bekommen, wurde zuerst der Bau eines dritten Straßenringes diskutiert. Doch die Vorschläge zum Nulltarif stellten sich als die billigere Lösung heraus. Dabei sind die gesamtgesellschaftlichen Kosten des Autoverkehrs – Autobahnbau, Umweltschutz, Unfälle, Denkmalschutz – noch nicht berücksichtigt.

Doch in diesem System interessiert nicht, was sinnvoll ist, sondern was Profit bringt - die neue Ökosteuer, wodurch die Fahrpreise bei Bus und Bahn nach ersten Schätzungen nochmal um mindestens 3% angehoben werden, ist ein Beweis mehr dafür. SPD und Grüne werfen ihre sämtlichen energiepolitischen Grubdsätze über Bord. Gewinner sind die Autokonzerne und Speditionsriesen - deren Vertreter auch im Aufsichtsrat der Bahn AG sitzen und dort nach eigenen Profitinteressen über Waren- und Personentransport entscheiden.

Da ist es kein Wunder, daß auch die Bahnpreise jedes Jahr steigen, zunehmend „unrentable“ Strecken stillgelegt werden, dagegen jedoch Milliarden in neue Hochgeschwindigkeitszüge wie z. B. den Transrapid investiert werden, die für Normalverdienender viel zu teuer sind.

Die SAV steht für

→ Nulltarif für alle auf allen Strecken

→ Ausbau des Busnetzes: mehr Busse, Linien, Haltestellen und BusfahrerInnen

→ kürzere Taktzeiten, durchgehende Nachtbusse auch unter der Woche



Senkung der Müllgebühren

Was rot-grün versprach:

“Es ist das gemeinsame Ziel, keine städtischen Gelder für eine Müllverbrennungsanlage einzusetzen.”[Arbeitsprogramm von SPD und Grünen für die Ratsperiode 89-94]

So sieht es 1999 aus:

Die MVA Weisweiler wurde doch gebaut, obwohl schon vor dem Bau klar war, daß diese Anlage niemals ausgelastet sein wird. Denn AachenerInnen nehmen Müllvermeidung ernst, mit jährlich 180 kg Restmüll pro Haushalt steht Aachen landesweit bei der Müllvermeidung an der Spitze. Nun müssen die dadurch entstehenden Verluste ausgeglichen werden. Und zwar wie immer von denen, die am wenigsten Geld haben: Die wöchentliche Leerung einer 35-l Tonne bspw. kostete 1997 noch 154,80 DM im Jahr, nun sind es schon 301,20 DM; für eine 110-l-Tonne, die 1988 189,60 DM kostete, muß mensch heute 1020 DM im Jahr hinlegen! So werden die BürgerInnen also noch für ihr Umweltbewußtsein bestraft!

Und es kommt noch besser, denn jetzt wollen Stadt und Kreis eine Biokompostierungsanlage in Vetschau bauen, die genau wie die MVA wegen zu geringen Müllaufkommens Verluste einfahren wird. Damit werden die Aachener BürgerInnen in Form weiterer Gebührenerhöhungen für die Fehler der Ratsdamen- und herren ble-



Anneliese Stanicic, 70 Jahre, Rentnerin, Kandidatin der SAV-offene Liste im Wahlbezirk 25, Haaren

chen müssen.

Der größte Müllverursacher ist die Industrie, z.B. die Verpackungshersteller, die Riesenprofite durch die Produktion eines entscheidenden Teils des Hausmülls machen. Auch die Abfallentsorgungsbranche trägt mit Müllverbrennungsanlagen ihren Teil zur Umweltverschmutzung bei. Diese und andere Unternehmen zählen jedoch kaum etwas für ihren Dreck. Die Aachener Betriebe genießen sogar Sondertarife von nur einem Drittel des normalen Preises bei der Müllverbrennung in Weisweiler.

Die SAV steht für

- Senkung der Müllgebühren
- Stilllegung der MVA Weisweiler
- Stop der Biokompostanlage Vetschau, Entschädigungsloser Austritt aus den Verträgen
- Müllvermeidung und Recycling
- Flächendeckendes und preiswertes Mehrwegsystem statt Einweg. Verbot von bestimmten Einwegverpackungen, wie Getränkedosen und Plastikflaschen

- Vorgehen gegen die Herstellung von überflüssigen und umweltschädlichen Verpackungen
- Einführung des Verursacherprinzips: die Verpackungsindustrie und andere Müllproduzenten müssen auch die Kosten für die Entsorgung tragen, statt die Kosten auf die Allgemeinheit abzuwälzen.
- Schluß mit der Subventionierung von Gewerbemüll

Preiswerten Wohnraum für Alle

Was rot-grün versprach:

“Eine Stadt, die ihren Bürgerinnen und Bürgern nicht genügend Wohnraum bietet, ist keine menschliche Stadt. Auf dem Aachener Wohnungsmarkt herrscht Mangel, besonders an preiswertem Wohnraum.” *“Städtischer Wohnbesitz wird ab sofort nicht mehr veräußert”* [Arbeitsprogramm von SPD und Grünen für die Ratsperiode 89-94]

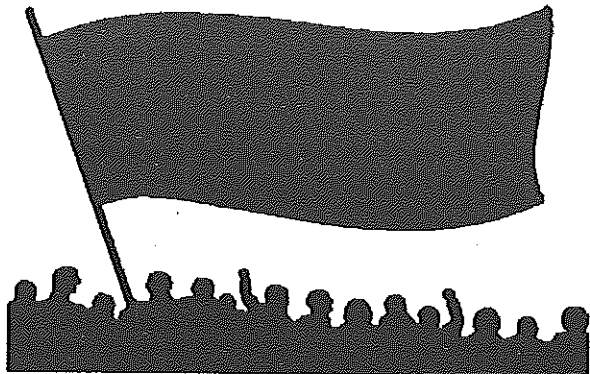
So sieht es 1999

aus:

Auch nach zehn Jahren Rot-Grün fehlen mindestens dreitausend Sozialwohnungen. Öffentlich geförderte Wohnungen wurden verscherbelt.

Die SAV steht für

- Öffentliches Wohnungsbauprogramm zur Schaffung von gutem und preiswertem Wohnraum für alle ab 16 Jahren
- Sofortiger Mietestopp und Senkung der Mieten auf 20 Prozent des Nettoeinkommens
- Verbot von Maklertätigkeit, kostenlose kommunale Wohnungsvermittlung



Gleiche Rechte für Frauen

Was rot-grün versprach:

“Maßnahmen ergreifen, die der Gewalt gegen Frauen energisch vorbeugen, wie z.B. Unterstützung von Initiativen zur Einrichtung eines autonomen Frauenhauses” [Arbeitsprogramm von SPD und Grünen für die Ratsperiode 89-94]

So sieht es 1999 aus:

Auch nach zehn Jahren Rot-Grün gibt es kein einziges Frauenhaus in Aachen.

Im drittreichsten Land der Welt sind Frauen immer noch weit davon entfernt, den Männern gleichgestellt zu sein. So verdienen 1994 Frauen immer noch ca. ein Viertel weniger als ihre männlichen Kollegen, obwohl for-

mal das Recht auf gleichen Lohn realisiert ist. Aber die Berufsbereiche, in denen vorwiegend Frauen arbeiten, werden immer noch schlechter entlohnt. Die Frage wer wegen der Kinder zu Hause bleibt, ist schon aufgrund dieser ökonomischen Situation schnell entschieden.

Die Gefahr der Gewalt gegen Frauen zwingt viele, auch ihre Freizeit danach auszurichten. So sind in Aachen 1997 32 Fälle von Vergewaltigung angezeigt worden. Die Dunkelziffer liegt weitaus höher. Frauen bleiben dann meistens lieber zu Hause; anstatt abends noch raus zu gehen. Frauen muß die Möglichkeit gegeben werden, nachts nicht mehr zu Fuß nach Hause gehen zu müssen. Ein kostenloses Frauennachttaxi ist hierfür notwendig. Die Sicherheit einer Frau darf nicht vom Geldbeutel abhängen.

Die SAV steht für

- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit
- Existenz sicherndes Einkommen für alle von 2000,- DM/Monat netto
- Erziehungsurlaub ohne Einkommensverluste für maximal drei Jahre und teilbar zwischen Vater und Mutter finanziert durch den Arbeitgeber
- Streichung §218
- Einrichtung eines städtischen Frauenhauses
- Ein kostenloses Frauennachttaxi
- Ausreichende Straßenbeleuchtung überall in Aachen



Kostenlose und flächendeckende Kinderbetreuung

Was rot-grün versprach

“Die Ganztagsbetreuung in Schulen und Horten soll ausgeweitet werden.” “Wir werden ein bedarfsdeckendes Angebot von Kindergärten- und Hortplätzen mit flexiblen Öffnungszeiten schaffen und das Angebot an Ganztagschulen erweitern.” [Arbeitsprogramm von SPD und Grünen für die Ratsperiode 89-94]

So sieht es 1999 aus:

Heute ist es nach wie vor einfacher, im Lotto zu gewinnen, als einen Hortplatz zu bekommen. Das ab 1.1.99 in Kraft getretene Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder bedeutet da auch keinen Fortschritt. Der gesetzliche Anspruch jedes Kindes auf einen Platz, wird einfach dadurch erreicht, daß das Alter auf 4 Jahre hochgesetzt wurde.

Um “Geld zu sparen” sollen landesweit 4000 Stellen abgebaut werden. In Aachen bedeutet das konkret,

daß Nachmittagsgruppen zusammen gestrichen werden, um die ErzieherInnen für die Vormittagsgruppen einsetzen zu können. In Krabbelgruppen und Horten werden nicht zusätzliche Plätze geschaffen, obwohl gerade in diesem Bereich noch ein hoher Bedarf besteht. Trotz weniger Leistung steigen die Elternbeiträge.

Die SAV steht für

→ Einen kostenlosen, wohnnahen Kindergarten bzw. Hortplatz für jedes hier lebende Kind von 0-12 Jahren mit zeitlich flexiblen Öffnungszeiten nach den Bedürfnissen der Eltern

→ Größe der Gruppe maximal 15 Kinder mit mindestens zwei ErzieherInnen und einer Kinderpflegerin

→ Durch Neueinstellung und Qualifizierung Personal mit Sprachkenntnissen in den Muttersprachen der Kinder

Bildung für alle

Was rot-grün versprach:

“Alle Kinder erhalten Platz in der gewünschten Schulform.”

So sieht es 1999 aus:

Es werden nach wie vor regelmäßig Kinder, die auf die Gesamtschule wollen, zurückgewiesen wegen Platzmangel. Dringende Renovierungen

werden nicht ausgeführt.

Die rot-grüne Bildungspolitik der Landesregierung liegt genau im Bundestrend: LehrerInnen einsparen, stattdessen ReferendarInnen ohne Unterstützung unterrichten lassen. In der Gesamtschule Alsdorf hatte die „Sparwut“ sogar tödliche Folgen:

Statt geschultes Reinigungspersonal einzustellen, wurden die LehrerInnen angewiesen, mit den SchülerInnen die Tische zu reinigen. Das Reinigungsmittel führte zu einer Explosion, eine Schülerin starb, ein Schüler erblindete.

Die SAV steht für

→ Keine Kürzung bei den Reinigungskräften

→ Keine Budgetierung, Privatisierung oder Sponsoring von Bildungseinrichtungen

→ Senkung der Klassenstärke auf 15 SchülerInnen

→ Einstellung zusätzlicher LehrerInnen

→ Volle Lehrmittelfreiheit; kostenloser, kommunaler Nachhilfeunterricht

Preiswerte Freizeitangebote für Jugendliche

Was rot-grün versprach:

“Eine fortschrittliche Politik für Familien, Jugendliche und Kinder ist Grundlage für eine menschliche Stadt”

So sieht es 1999 aus:

Nach dieser Menschlichkeit können Jugendliche in Aachen lange suchen.

Gelder für Sport- und Freizeiteinrichtungen sind gekürzt worden, Jugendzentren gibt es lange nicht genug. Lediglich die im Wahlkampf '89 von der SPD verlangte Skateboardanlage wurde gebaut, allerdings erst im Frühjahr 1998!

Weder die BRD noch die Stadt Aachen ist ein „Freizeitpark“. Die Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen ist besonders hoch, es gibt kaum Möglichkeiten, ohne Geld seine Zeit zu verbringen. Anstatt Jugendlichen einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz zu verschaffen und Angebote zur Freizeitgestaltung zu machen, werden Ju-

gendliche kriminalisiert, die Sicherheitsvorkehrungen verschärft und der Polizeiapparat wird aufgestockt.

Jugendliche werden als potentielle Gewalttäter dargestellt, nur weil sie gezwungen werden, auf der Straße „herumzuhängen“. Vor allem ausländische Jugendliche sind Opfer von Sozialabbau und der Hetze der Verantwortlichen in dieser Stadt.

Wenn es in Aachen mal besondere Veranstaltungen, Konzerte oder andere Angebote gibt, sind diese meist von Privatinitiativen oder kommerziellen Anbietern organisiert. Gerade in diesem Bereich entscheidet meist das Portemonnaie, ob man daran teilnehmen kann oder nicht.

Die SAV steht für

→ Schaffung von 120 Ausbildungsplätzen jährlich durch die Stadt Aachen und weitere Ausbildungsplätze durch Schaffung von überbetrieblichen Ausbildungszentren

→ ein flächendeckendes Netz von gut ausgestatteten selbstverwalteten Jugendzentren in allen Stadtbezirken
→ kostenlose Sport- und Freizeiteinrichtungen, wie z.B. freier Eintritt im Hangeweiher, genügend Probe- räume für junge Bands, Übernahme

der Skateboardanlagen der in Konkurs gegangenen „Fun Factory“

→ regelmäßige kostenlose Konzerte und Veranstaltungen finanziert durch die Stadt Aachen

→ guter und günstiger Wohnraum für alle ab 16 Jahren



Gleiche Rechte für ImmigrantInnen

Was rot-grün versprach:

„Die Stadt Aachen setzt sich weiterhin für die Verwirklichung des Ausländerwahlrechtes ein.“ „Die Arbeit des Ausländerbeirates soll verbessert werden durch - eigene Geschäftsstelle mit personeller und materieller Ausstattung“ „Wir sorgen für die Auszahlung der Sozialhilfe in bar anstatt in Form von Bezugsscheinen“ [Arbeitsprogramm von SPD und Die Grünen für die Ratsperiode 89-94]

So sieht es 1999 aus:

An den Europawahlen und an den Kommunalwahlen 1999 dürfen nur

EU-Ausländer teilnehmen, alle anderen, wie zum Beispiel die große türkische Gemeinde in Aachen, bleiben ohne Wahlrecht.

Nicht mal eine Halbtagsstelle ist der rot-grünen Mehrheit die Arbeit des Ausländerbeirates wert.

Rassismus ist die systematische Ungleichbehandlung von Menschen unterschiedlicher Hautfarbe, Religion und Herkunft. Auch in Aachen werden ImmigrantInnen diskriminiert, sie sind besonders von Arbeitslosigkeit und Sozialabbau betroffen. Aachen gehörte zu den ersten Städten, die

Asylbewerbern die Sozialhilfe in Form von Bezugsscheinen ausgezahlt hat. Sie werden durch die Ausländergesetze als Menschen zweiter und dritter Klasse eingestuft, und in EU-Ausländer, Nicht-EU-Ausländer und Flüchtlinge aus Ländern der "dritten Welt" gespalten.

Auf dem Arbeitsmarkt haben ausländische KollegInnen nicht die gleichen Chancen wie Deutsche. Der damalige Arbeitsminister Blüm gab den Arbeitsämtern die Anweisung, Arbeitsstellen zuerst an Deutsche, dann an EU-Ausländer und als letztes an Nicht-EU-Ausländer zu vermitteln. Dies wird auch unter Rot-Grün nach wie vor praktiziert.

Die Situation von Flüchtlingen hat sich unter Rot-Grün ebenfalls nicht verbessert. Es gibt immer noch Sammelunterkünfte, in denen Flüchtlinge auf engstem Raum und zum Teil inakzeptablen Bedingungen leben müssen. Abschiebungen finden auch in Aachen statt. Im gesamten Grenzgebiet, sowie besonders am Aachener Hauptbahnhof werden Flüchtlinge vom Bundesgrenzschutz gejagt. Die Sozialhilfe für Flüchtlinge ist von der CDU/FDP-Regierung gekürzt worden. Viele Flüchtlinge ohne feste Aufenthaltsgenehmigung werden in illegale Beschäftigung gedrängt, weil sie keine Arbeitserlaubnis erhalten. Dies alles wird von der rot-grünen Ratsmehrheit entweder selbst durchgeführt oder toleriert.



Marie Rosa, Französin, 22 Jahre, Studentin, Kandidatin der SAV-Offene Liste im Wahlbezirk 10, Adalbertsteinweg

Die SAV steht für

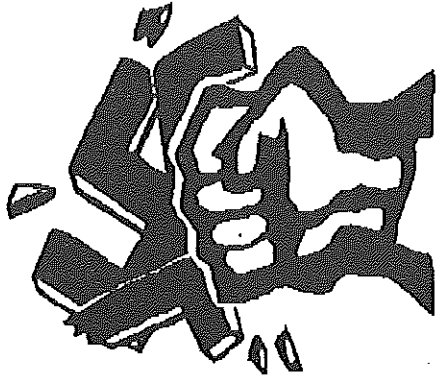
- Gleiche Rechte für Alle
- Wahlrecht für Alle
- Bleiberecht für alle Flüchtlinge
- Sofortiger Stopp der Abschiebungen
- Abschaffung der diskriminierenden Ausländergesetze
- Arbeit für Alle
- Guter, billiger Wohnraum für Alle
- Mindestsicherung von 2000 DM netto für Alle
- Finanzielle Förderung von ausländischen Institutionen wie Ausländerbeirat und ausländische Kulturzentren
- Kostenlose Sprachkurse für ImmigrantInnen

Keinen Fußbreit den Faschisten

In ganz Deutschland gewinnen alte und neue Faschisten wieder an Boden. Auch im Kreis Aachen machen sich Faschisten wieder breit.

In Eschweiler-Dürwiß existiert seit einiger Zeit ein "nationales Zentrum", das von Manfred Rouhs (Herausgeber von "Europa Vorn", Mitglied der Deutschen Liga für Volk und Heimat) gegründet wurde. Aufgrund massiver Proteste von AntifaschistInnen und Anwohnern mußte er Dürwiß verlassen. Wenige Monate später haben die Jungen Nationaldemokraten (JN, Jugendorganisation der NPD) dieses Haus übernommen und vertreiben von dort aus unter dem Namen "Schwarze Fahne" Nazipropaganda, CD's, etc.. Dieses "nationale Zentrum" ist ständiger Treffpunkt für Faschisten aus der Region und auch aus ganz Deutschland. Es stellt eine ernsthafte Bedrohung für ImmigrantInnen und Linke in der Region Aachen dar.

Rassistische Politik und Propaganda, wie sie von CDU, FDP aber auch von SPD und Grünen gemacht werden, sind der Nährboden für Neonazis. Mit zunehmender Arbeitslosigkeit und Sozialabbau stellen sich faschistische Organisationen als einzige radikale Kämpfer gegen diese Probleme dar. Eine radikale Politik von links, die den gemeinsamen Kampf von ausländi-



schen und deutschen Beschäftigten für Arbeitsplätze und gegen Sozialabbau in den Mittelpunkt stellt, kann dazu eine Alternative anbieten. Faschistische Aufmärsche, Treffen, Zentren und Plakatwahlkampf müssen durch breite Gegenmobilisierungen verhindert werden.

Die SAV steht für

- Keinen Fußbreit den Faschisten
- Mobilisierung zur Verhinderung von Nazitreffen und -aufmärschen
- Keine Vermietung von öffentlichen Räumen an faschistische Parteien
- Keine Duldung von faschistischer Propaganda (wie z.B. Wahlkampf-schilder)
- Weg mit dem Nazizentrum in Dürwiß
- Gemeinsamer Kampf von ImmigrantInnen und Deutschen gegen Rassismus und Faschismus

Und wie können wir so etwas erreichen?

→ So können die Verbesserungen finanziert werden

Leere Staatskassen mit dem Geld der Reichen und Superreichen füllen!

Für die einfachsten Probleme der ArbeiterInnen, arbeitslosen Jugendlichen und anderer benachteiligter Schichten in dieser Gesellschaft heißt es immer, es sei kein Geld da, die Kassen seien leer. Jede Kürzung, jede Gebührenerhöhung, jeglicher Sozialabbau wird mit diesen „leeren Kassen“ begründet. Warum sind die öffentlichen Kassen leer, wer hat sie ausgeplündert?

SPD und Grüne haben wiederholt die Geschenke der Kohl-Regierung an die Unternehmer beklagt. Und sie haben sich beschwert, daß die Kohl-Regierung die Kommunen ausblutet. Doch auch nach dem Regierungswechsel macht die rot-grüne Bundesregierung keine Anstalten, das Geld dort zu holen, wo es hingeflossen ist.

Hier nur einige Beispiele:

→ Würde die rot-grüne Bundesregierung, die von der Kohl-Regierung abgeschaffte Vermögens- und Gewerbesteuer wieder einführen, hätten Länder und Kommunen 16 Milliarden mehr in den Kassen.

→ Würden die öffentlichen Haushalte die Zinszahlungen an die Banken einstellen, wären mindestens 135 Milliarden in den öffentlichen Kassen. Die Banken sind ohnehin nicht darauf angewiesen: 1998 hat die Deutsche Bank z.B. die Gewinne gegenüber dem Vorjahr auf acht Milliarden vervierfacht.



→ 130 Milliarden DM werden jährlich an Steuern hinterzogen.

→ Die öffentlichen Haushalte verschwenden durch unnötige Prestigeobjekte laut Bund der Steuerzahler mindestens 90 Milliarden pro Jahr.

→ Ein Eurofighter kostet 170 Mio. DM. Dafür könnte man etwa 100 bis 150 Kindergärten bauen.

→ Die Arbeitslosigkeit hat 1998 DM166 Mrd. gekostet.

Geldverschwendung in Aachen

Auch der Aachener Stadtrat verschwendet Geld für Unternehmergeschenke und Prestige-Objekte. Hier nur einige Beispiele:

→ die Carolus-Therme kostet die Stadt ca. 62 Mio. und zusätzlich 2-3 Mio. jährlich für die Unterhaltskosten.

→ Die Stadt zahlt jährlich 100 Millionen DM Zinsen, damit ist noch

→ Wie wir Druck von unten machen können

Viele haben eine Wut im Bauch, aber es reicht nicht wütend zu sein. Wenn wir Verbesserungen erreichen wollen, müssen wir uns wehren. Proteste und Streiks sind die einzige Sprache, die die Herrschenden verstehen.

Und wir können uns nur gemeinsam wehren: Beschäftigte und Arbeitslose, Deutsche und Ausländer.

“Die da oben machen doch eh‘ was sie wollen“, ist das vorherrschende Gefühl in der Gesellschaft. Das ist auch kein Wunder, wenn keine Gegenwehr angeboten wird. Daher ist es nötig, eine neue Arbeiterpartei aufzu-

nicht eine einzige Mark an Schulden getilgt.

→ Der Gewerbesteuerhebesatz gehört zu den niedrigsten in NRW

→ Die Schein- Ausschreibung für das Baudezernat hat 40.000 DM gekostet Zur Finanzierung von Verbesserungen für Beschäftigte, Arbeitslose, Jugendliche und Sozial Schwache in Aachen fordern wir:

→ Anhebung der Gewerbesteuer in Absprache mit den umliegenden Kommunen der Euregio

→ Stop der Zinszahlung an die Banken

→ Keine neuen Prestigeobjekte; Prüfung der Ausstiegsmöglichkeiten bei laufenden Prestigeobjekten

→ Stop der Abzockerei und Vetternwirtschaft

bauen. Wir brauchen eine Kraft, die Gegenwehr anstößt und die Betroffenen ermutigt, sich zur Wehr zu setzen. Wir brauchen eine Partei von und für ArbeitnehmerInnen, die Alternativen zu der herrschenden Politik aufzeigt.

Natürlich kann man die Probleme nicht lösen, wenn man sich allen auf Aachen beschränkt. Aber wir können in Aachen den Anfang machen und damit Beschäftigte, Arbeitslose und Jugendliche in anderen Städten für einen gemeinsamen Kampf gewinnen.

➔ Was für VertreterInnen wir brauchen

Die SAV und UnterstützerInnen kandidieren für den Stadtrat, um eine linke Alternative zu den etablierten Parteien anzubieten.

Beschäftigte, Arbeitslose und Jugendliche brauchen eine Stimme im Stadtrat. Unser Ziel ist es, den Druck gegen die Kürzungspolitik in Aachen auszuweiten und den Protest in den Stadtrat hineinzutragen. Uns geht es in erster Linie darum, Betroffene zu ermutigen, selbst aktiv zu werden und Proteste in Betrieben und auf der Straße zu unterstützen.

Die etablierten Politiker interessieren sich nur noch für ihre Diäten. Unsere Probleme sind ihnen egal. Sie stehen auf der gleichen Seite wie die Herren aus den Chef-Etagen, die Top-Manager von Banken und Großkonzernen.

Wir brauchen VertreterInnen, die

aus unseren Reihen kommen, die die gleichen Probleme haben wie wir und Seite an Seite mit uns kämpfen.

Daher verpflichten sich unsere VertreterInnen im Stadtrat:

➔ Sozialkürzungen strikt abzulehnen

➔ Den Schwerpunkt der eigenen Aktivitäten und der Öffentlichkeitsarbeit auf die Unterstützung außerparlamentarischer Proteste zu legen

➔ Keine Privilegien anzunehmen und sich nicht durch die politische Arbeit zu bereichern

➔ Als Inhaber öffentlicher Ämter alle Bezüge, die über einen durchschnittlichen Netto-Facharbeiterlohn hinausgehen, abzugeben

➔ Ihre Arbeit öffentlich zu machen und in monatlichen Stadtversammlungen über ihre Aktivitäten und den Einsatz der Gelder Rechenschaft abzulegen.



Tanja Niemeyer, 27 Jahre, Studentin, Kandidatin der SAV-Offene Liste im Wahlbezirk 11, Panneschopp

Mirjam Alberti, 27 Jahre, Auszubildende, Kandidatin der SAV-Offene Liste im Wahlbezirk 2, St. Jakob

Noch so ein Jahrtausend?

Weltweit sterben 12 Millionen Kinder vor ihrem fünften Geburtstag. Über ein Drittel von ihnen stirbt an Krankheiten wie Lungenentzündung oder Durchfall, die problemlos behandelt werden könnten. Für 130 Millionen Kinder gibt es keinen Schulunterricht (Bericht des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen).

Seit dem 1945 verging kein Tag, an dem es nicht in irgendeinem Land der Erde Krieg gegeben hätte.

In den nächsten 25 Jahren wird ein Drittel der Menschheit von Wassermangel bedroht sein (Studie des Internationalen Institutes für Wasserwirtschaft).

Unsere Probleme hier in Aachen und die großen Probleme der Menschheit - Arbeitslosigkeit, Krieg, Hunger, Umweltzerstörung - haben eine gemeinsame Ursache: den Kapitalismus!

Marktwirtschaft bedeutet Konkurrenz. Um auf dem globalen Markt mithalten zu können, muß jeder Unternehmer möglichst große Profite machen. Soziale Sicherheit, Vollbeschäftigung, Umweltschutz oder Gesundheitsversorgung erscheinen aus ihrer Sicht als unnötig und unbezahlbar. Wenn es ein muß, geht der Kapitalismus wortwörtlich über Leichen, um Marktanteile zu sichern.

Bei planmäßigem und sinnvollem

Einsatz von Wissenschaft und Technik wäre es möglich, allen Menschen auf der Erde ein menschenwürdiges Leben zu garantieren. Das Übel muß an der Wurzel gepackt werden, der Kapitalismus gehört abgeschafft. Es gibt eine Alternative zu dem heutigen System. Die Alternative ist Sozialismus, eine Gesellschaft ohne Armut, Ausbeutung und Unterdrückung.



Sozialismus braucht Demokratie, wie der Körper Sauerstoff. Wir wollen weder die Diktatur einer Bürokratie, wie früher im Osten, noch die Diktatur der Banken und Konzerne.

Die großen Konzerne, Banken und Versicherungen müssen enteignet, in Gemeineigentum überführt und unter demokratische Kontrolle gestellt werden. Wir brauchen eine geplante Wirtschaft in der die Bedürfnisse der Mehrheit der Menschen entscheiden und nicht die Profite einiger Weniger.